Cottbuser
Herzblatt
Chośebuska wutšobka
Die linke Zeitung aus der roten Ecke
18. Jahrgang / Nr. 05 (213) Mai 2010 Bitte 0,75 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seite 3: DIE LINKE steht vor wichtigen Zäsuren

Seite 9: Das Gesicht des Krieges muss verschwinden

Seite 11/12: Ein Stadtteil mit großem Weitblick

Erinnern, Erneuern und Erkämpfen

Liebe Genossinnen und Genossen,

als ein Kind der DDR verbinden sich für mich mit dem 1. Mai immer ein feierlicher Umzug in meiner damaligen Kreisstadt Torgau, viele feierliche Reden und natürlich Schulfrei. Als Kind sieht man das wohl so.

Natürlich war ich mir nicht bewusst, was der 1. Mai im eigentlichen Sinne für ein Tag war.

Die von mir angesprochenen Feierlichkeiten erstarrten dann meiner persönlichen Meinung nach immer mehr in Rituale. Man demonstrierte zum 1. Mai eben.

Aber was bedeutet der 1. Mai für mich heute?

Ich nehme mir jetzt also den Platz, kurz an die amerikanischen Gewerkschafter Ende des 19. Jahrhunderts zu erinnern, die vor allem für eine Arbeitszeitverkürzung auf acht Stunden am Tag kämpften. Im Jahr 1890 versammelten sie sich mit Gewerkschaften aus anderen Industrienationen in Paris zu einem internationalen Kongress auf dem der 1. Mai 1890 als Tag der internationalen Kundgebung im Kampf für Arbeitnehmerrechte vereinbart wurde.

Erfolgreich waren die Demonstrationen durch ihre hohe Beteiligung und den Druck auf die Industriellen, durch Stärkung der sozialdemokratisch geprägten Parteien.

Wir feiern im Jahr 2010 den 120. Jahrestag dieser ersten internationalen Kundgebung.

Die Ziele sind ähnlich geblieben, die Beteiligung und öffentliche Wahrnehmung haben sich aber deutlich geändert. Gefühlt wird die Beteiligung und das Bewusstsein dieses Tages immer geringer. An der sich positiv entwickelten Arbeitssituation kann es wahrlich nicht liegen. Es fühlt sich auf der Straße eher wie die Resignation vor „großer Politik“ und restriktiven Arbeitgebern an. Nicht zu vergessen ist, dass vor allem junge Menschen kaum noch in Gewerkschaften aktiv sind oder sich für bessere Arbeitsbedingungen einbringen.

Wir als die linke Partei in Deutschland haben die Verantwortung, für eine gerechtere Arbeitswelt zu sorgen. Es geht dabei um die Verhinderung prekärer Beschäftigung, die Einschränkung von Leiharbeit und Minijobs. Es geht darum, dass man von seiner Hände Arbeit auch vernünftig leben kann. Es geht überhaupt darum, Arbeit zu haben.

Auch die Probleme vieler junger Menschen müssen ins Blicklicht der Öffentlichkeit gerückt werden. Hier meine ich vor allem befristete Beschäftigungsverhältnisse oder unbezahlte Praktika nach der Berufsausbildung oder dem Studium.

Gerechtere Beschäftigung geht nicht ohne einen Staat, weil das Interesse der freien Wirtschaft am Gemeinwohl nicht allzu groß ausgeprägt ist. Eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft aber tun und lassen kann, was sie dank erfolgreicher Lobbyarbeit will und für richtig hält, zerfällt in Arm und Reich. Wir alle befinden uns in einer dramatischen Wirtschafts- und Finanzkrise. Es wurde eben nicht reguliert. Ergebnis der Krise: Die, die diese Krise zu verantworten haben, bekommen Abfindungen und Bonuszahlungen. Die Zeche zahlt der „kleine“ Mann.

Unsere Aufgabe sollte es sein, in der Gesellschaft eine Gegenkraft zur schwarz-gelben Politik im Bund vorzubereiten und allen sozialen Einschnitten und Ungerechtigkeiten zu trotzen. Gemeinsam mit den jeweiligen Gewerkschaften.

Diese Aufgabe müssen wir selbst in den jetzigen Regierung in Brandenburg und Berlin realisieren. Das ist sehr, sehr schwer. Wir müssen Kompromisse schließen, die mitunter weh tun, kaum auszuhalten sind. Aber was wären die Alternativen? Wir sind das soziale Gewissen. Wieder gemeinsam mit den Gewerkschaften. Wir müssen es auch sein. Wir sind die einzig echte Friedenspartei. Wir müssen es auch sein.

Vom 1. Mai geht Kraft aus, eine Bewegung, die dem Ziel , der Erneuerung einer großen sozialen Bewegung, Raum gibt.

Der 1. Mai ist viel mehr als bloßes Ritual. Bei der heutigen Politik dieser Bundesregierung wird es allemal notwendiger denn je, ihn machtvoll zu begehen.

Darum also lasst uns dies zusammen mit den Gewerkschaften tun.

Jürgen Maresch

Für ein Programm, das bewegt und Bewegung bringt

Es war vielleicht der letzte gemeinsame öffentliche Auftritt der beiden LINKE-Vorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine an diesem 20. März, als sie der medialen und parteilichen Öffentlichkeit den ersten Entwurf des Parteiprogramms der LINKEN vorstellten.

Bislang stützte sich DIE LINKE programmatisch auf die „Programmatischen Eckpunkte“. Für eine Übergangszeit mögen sie ausgereicht haben, aber spätestens auf dem Juni-Parteitag (2009), zeigte sich in der Antragsdebatte über das Bundestagswahlprogramm: Diese „Programmatischen Eckpunkte“ waren nur ein Gerüst dessen, Belagteile, wie es die Gerüstbauer nennen, das mit der Zeit teils erhebliche Bruchstellen aufwies. Das heißt: Programmatische inhaltliche Defizite und Unklarheiten erfuhren ihre Offenlegung und forderten nach tragfähigeren Antworten.

Einige der umstrittenen Fragestellungen fanden ja schon in den Nachbemerkungen der „Programmatischen Eckpunkte“ Aufnahme. Das war sicherlich auch als Aufforderung und Appell an die streitbare Mitgliedschaft zu verstehen, darüber nachzudenken, wie man bei den programmatischen Problemfeldern zu einer neuzeitlichen Verständigung gelangen kann. Als da beispielsweise wären: Das Verhältnis zum Eigentum, zu politischen und individuellen Menschenrechten, die Frage nach Regierungsbeteiligungen auf Landes- und Bundesebene sowie über Wege zu einem demokratischen Sozialismus im 21 Jahrhundert. Und das mit tatsächlich menschlichem Antlitz!

Bei alldem ist auch zu berücksichtigen, dass hier zwei Parteien aus sozusagen zwei unterschiedlichen politischen Kulturkreisen zusammengekommen waren, die dementsprechend auch programmatisch unterschiedliche Ansätze und Ansprüche in die neue gemeinsame LINKE mitbrachten. Dies nun zusammenzubringen, sollte auch Sinn, Zweck und Ziel der nun angelaufenen Programmdebatte sein. Da jetzt ein erster Entwurf des Parteiprogramms vorliegt, kann und soll die Debatte in ganzer pluraler Breite beginnen. Alle Mitglieder sind aufgefordert, sich in diesem Prozess aktiv einzubringen, und dies nicht allein der Programmkomission, den Vorständen, diversen Arbeitsgemeinschaften und Konferenzen zu überlassen.

Nehmen wir an dieser Stelle mal eine Anleihe bei Prof. Michael Schumann, der (siehe Disput-Heft 14/1992) im Zusammenhang mit der damals laufenden Programmdebatte folgendes schrieb: „Der Ansatzpunkt progressiver Gesellschaftsveränderungen ist die Wirksamkeit in dieser Gesellschaft“. Das heißt, dafür Sorge zu tragen, das DIE LINKE fest verankert in der Parteienlandschaft ihren originären Platz behauptet, dass sie Kontakte zu allen gesellschaftlich relevanten Gruppen aufbaut bzw. weiter pflegt, und dass sie nie die außerparlamentarischen Komponenten in der Auseinandersetzung um politische Ziele und Interessen vergisst. Dazu bedarf es aber auch einer soliden programmatischen Grundlage. Was nun zu tun ist, sollte jetzt eigentlich jedem klar sein: Befreien wir die Eckpunkte von ihren Ecken und machen ein rundes Programm daraus!

René Lindenau

Gewerkschaftspolitische Konferenz der LINKEN

Der designierte Parteivorsitzende Klaus Ernst, Oskar Lafontaine und der Spitzenkandidat der NRW-Linken, Wolfgang Zimmermann, betonten in Bochum, wo am 17. April die gewerkschaftspolitische Konferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft „Betrieb & Gewerkschaft“ der LINKEN stattfand, die Gemeinsamkeit mit dem DGB im Kampf gegen Niedriglohn und Leiharbeit. Die Konferenz stand unter dem Eindruck des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen.

Über 200 Kolleginnen und Kollegen hörten zum Auftakt eine kämpferische Rede des designierten Parteivorsitzenden Klaus Ernst. Er sagte unter anderem: „Durch Leiharbeit, Befristung und prekäre Beschäftigung sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben zu Duckmäusern gemacht werden. Das will DIE LINKE nicht. Wir wollen nicht, dass Demokratie an den Betriebstoren endet. Wir werden weiter gegen die HARTZ-Gesetze kämpfen, die ein Mittel zur Disziplinierung der Beschäftigten in

den Betrieben ist, die heute bereit sind, Dinge zu akzeptieren, die vor 15 Jahren noch dazu geführt hätten, dass sie mit der Keule gegen die Arbeitgeber vorgegangen wären. HARTZ gehört abgeschafft, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes muss zurückgenommen werden.“

Ernst betonte die Bedeutung der NRW-Wahl, weil durch den Einzug der LINKEN in den Landtag die Bundesratsmehrheit für die unsoziale Regierungspolitik verloren geht.

Wolfgang Zimmermann, Spitzenkandidat der Partei zur Landtagswahl, kündigte an, dass DIE LINKE unmittelbar nach dem 9. Mai einen Antrag im Landtag einbringen wolle, um die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst zu stärken: „Es gibt keine vernünftige Mitbestimmung in den Betrieben des öffentlichen Dienstes. Wir wollen ein neues Mitbestimmungsrecht für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen.“

Oskar Lafontaine strich in seinem Beitrag noch einmal die Bedeutung der NRW-Wahl hervor: „Der Einzug der LINKEN ist wichtig, denn SPD und GRÜNE brauchen einen Aufpasser, damit sie nicht wieder die Politik von HARTZ IV und Agenda 2010 weiter betreiben. Das heißt, man braucht uns, DIE LINKE, damit eine Regierungsfähigkeit erreicht werden kann.“

DIE LINKE steht vor wichtigen Zäsuren

2. Bundesparteitag am 15. und 16. Mai in Rostock

Wieder steht die Partei DIE LINKE vor wichtigen Zäsuren. Nach mehr oder minder erfolgreichem Zusammenwachsen von WASG und PDS und nach einem kampferfüllten aber erfolgreichen Wahljahr 2009 begann das neue Jahr in der Parteispitze mit innerparteilichen und persönlichen Zerwürfnissen.

Unter die Räder kam dabei der verdienstvolle, sicherlich nicht fehlerfreier Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch. Doch wer ist schon ohne Sünde? Das gilt erst recht in der Politik. Als kleiner untergebener Parteisoldat fragte man sich: Was soll das? Warum schießen sie aufeinander? Wem nützt es? Der Partei und ihrer öffentlichen Wahrnehmung hat das geschadet. Viel von dem, was insbesondere in den Wahlkämpfen an Vertrauen und Zuspruch aufgebaut wurde, legten so führende Genossen mit ihrer linkischen Art wieder in Trümmer. Super-„Einfall“!

Erfreulich ist die Mitgliederentwicklung der Partei DIE LINKE

2007 = 7725 Neumitglieder
2008 = 9230 Neumitglieder
2009 = 8473 Neumitglieder.

Damit gehörte rund ein Drittel der gegenwärtig 78 500 Mitglieder keiner der beiden Quellparteien PDS oder WASG an.

Gehörten bei der Parteigründung 2007 in den sogenannten alten Bundesländern rund 7000 Mitglieder der Partei an, so sind es jetzt 27 000.

Nun steht am 15. und 16. Mai der 2. Bundesparteitag an. In der Hansestadt Rostock wird er stattfinden. Zu hoffen und zu wünschen ist, dass die Linkspartei an der Ostseeküste nicht baden, sondern in das Fahrwasser einer ernstzunehmenden linkssozialistischen Partei in Deutschland mit hohem politischem Gebrauchswert zurückfindet. Und das dauerhaft!

Die beiden Vorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine treten nicht mehr an. Der eine dürfte nach 14 Jahren Parteivorsitz auch die Nase voll haben, der

andere ist krank. Aber beide sind damit, wohl auch zum Unmut mancher ihrer politischen Gegner, nicht weg vom politischen Fenster.

Lothar Bisky mischt im Europaparlament und als Vorsitzender der Europäischen Linken weiter mit und Oskar Lafontaine wird als Fraktionsvorsitzender der saarländischen LINKEN der schwarz-grünen-gelben Regierung sein kräftiges ROT von LINKS entgegenstellen. Dennoch dürfte der Abgang von Lothar Bisky, besonders für ostdeutsche Alt-PDS-Mitglieder, ein besonders tiefgehender Einschnitt sein. Doch auch die anderen Spitzenämter der Partei sind durch den Parteitag sämtlich neu zu wählen. Sofern der Personalvorschlag, der in jener Januarnacht auf der Besetzungscouch des Karl-Liebknecht-Hauses unter der Ägide von Gregor Gysi ausverhandelt wurde, die Mehrheit der Rostocker Parteitagsdelegierten erreicht, dann wird man sich teils an einige Namen erst gewöhnen müssen.

Der zeitlich vorgelagerte Mitgliederentscheid zu diesem Personaltableau hätte eigentlich von jedem Vorstand, der es mit innerparteilicher direkter Demokratie ernst meint, so nicht zur Abstimmung gestellt werden dürfen. Denn was für eine Wahl hatten die Mitglieder? Ob sie drei Führungsämter doppelt bespitzt sehen wollten? Eine wirkliche Wahl-Entscheidung wäre gewesen, hätte man über eine Doppelspitze der drei Einzelämter auch einzeln abstimmen können. Neben der Neuwahl der Parteigremien wird den Delegierten ein Leitantrag des Parteivorstandes zur Beratung vorliegen, der nach sicher gewohnt gründlicher Debatte zur Beschlussreife gebracht werden dürfte. Dieser Antrag firmiert unter der Überschrift „Alternativen zu Schwarz-Gelb ausbauen – DIE LINKE stärken“. Darin finden sich Aussagen zur Mitgliederentwicklung, zu geplanten Kampagnen, womit man demnächst in gesellschaftliche Debatten eingreifen wolle, über die anstehenden Landtagswahlkämpfe und über die nun begonnene Programmdebatte.

Und dann haben die Genossen Delegierten auch noch ein 116 Seiten starkes Antragsheft vor sich. Ohne Zweifel wieder viel Arbeit für die Mandatsträger des Parteitages, die eigentlich so richtig erst danach beginnt. Feststeht schon vor Beginn des Rostocker Parteitages: Die Partei DIE LINKE wird eine andere sein. Eine Bessere, hoffentlich.

René Lindenau

Vorschlag für die Besetzung der Spitzenfunktionen

Der nachfolgende Vorschlag wurde von den Mitgliedern des Geschäftsführenden Parteivorstandes und den Landesvorsitzenden gemeinsam mit Gregor Gysi erarbeitet und vom Parteivorstand mehrheitlich bestätigt.

Parteivorsitzende
Klaus Ernst, Gesine Lötzsch

Stellvertretende Parteivorsitzende
Heinz Bierbaum, Katja Kipping, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak

Bundesgeschäftsführer/Bundesgeschäftsführerin
Werner Dreibus, Caren Lay

Bundesschatzmeister
Rajy Sharma

Parteibildungsbeauftragte/Parteibildungsbeauftragter
Ulrich Maurer, Halina Wawzyniak

Kooperation: Ja oder Nein?

Umgangssprachlich heißt es immer, drum prüfe, was sich ewig bindet, ob sich nicht was Besseres findet. Ich glaube, dieser Spruch gilt auch in der Politik.

Bekanntlich ist die Direktwahl des Landrates für den Spree-Neiße-Kreis an der niedrigen Wahlbeteiligung gescheitert.

Die Ursachen sind vielfältig, und bedürfen einer tiefen und genauen Betrachtung. Im Ergebnis dessen stehen wir aber jetzt vor der Wahl des Landrates durch den Kreistag. Und hier beginnt das Problem.

Jede Fraktion bzw. jeder einzelne Abgeordnete kann aus den eingegangenen Bewerbungen der zuvor erfolgten Ausschreibung einen Kandidaten zur Wahl des Landrates vorschlagen.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN hat sich entschlossen, keinen eigenen Kandidaten vorzuschlagen. Damit sind sie ein interessanter Partner für andere Parteien, die eine Unterstützung für ihren Kandidaten suchen, denn keine der großen Parteien hat eine Mehrheit im Kreistag.

In diesem Zusammenhang ist die SPD-Fraktion mit einem Gesprächsangebot an die Fraktion DIE LINKE herangetreten.

Eine Koalition kann daraus nicht werden, da auch diese beiden Fraktionen zusammen nicht über eine Mehrheit im Kreistag verfügen, aber eine Kooperation hätte durchaus Chancen.

Mit einer Verhandlungsgruppe aus Mitgliedern des Kreisvorstandes Lausitz und Mitgliedern aus der Kreistagsfraktion wurden die Gespräche aufgenommen. Nun hätte man annehmen können, dass es bei einem Gespräch bleibt, denn die Forderung der LINKEN hieß: Mit der SPD Ja, mit Friese Nein.

Aber die SPD will diesen Landratsposten mit einem SPD-Mann oder einer SPD-Frau(leider ist keine Frau im Gespräch) besetzen.

Also ging die SPD auf diese Forderung ein. Ob bei diesem Personalumschwung auf einen anderen Kandidaten demokratische Regeln innerhalb der SPD verletzt wurden, weiß man nicht, sondern könnte es höchstens erahnen. Die in den Medien bekannt gewordenen Meinungen aus der Parteibasis weisen darauf hin.

Ungeachtet dessen wurden die Gespräche von Seiten der SPD weitergeführt und am Ende entstand ein Papier, welches von den Mitgliedern der Linken aus dem Wahlkreis für die Landratswahlen besprochen und anschließend am 16. April beschlossen wurde.

Dieses Papier wurde also der Parteiöffentlichkeit vorgestellt und soll den Handlungsrahmen für die Kreistagsfraktionen SPD und Linke bis 2014 bilden.

Wichtige Punkte aus diesem Papier sind zum Beispiel:

1. Möglichkeiten schaffen für die Vergabe von Kleinstkrediten durch die Sparkasse Spree-Neiße an kleine Unternehmen und innovative Existenzgründer;
2. Schaffung eine unabhängigen Ombudsstelle für den Eigenbetrieb, um Konflikte schneller zu lösen;
3. Einsatz von Schulsozialarbeitern;
4. Unterstützung und Erhalt aller Museen und Kultureinrichtungen im Kreis.

Die Frage der Braunkohleförderung im Kreis wurde nicht erörtert, da die Entscheidung und Zuständigkeit beim Land Brandenburg liegt.

Einig war man sich in dem Punkt des Ausbaus von erneuerbaren Energien und der Erhöhung von Energieeffizienz.

Dieses Papier kann im Internet im vollen Wortlaut nachgelesen werden.

Am Montag, dem 19. April, fand nun die Wahl des Landrates im Kreistag statt.

Der Ausgang ist enttäuschend.

Anke Schwarzenberg,
Ortsvorsitzende DIE LINKE in Forst

Mitgliedschaft für rot-rote Kooperation im Landkreis

Gesamtmitgliederversammlung am 16. April 2010

Nachdem die Direktwahl eines Landrates durch die Bürgerinnen und Bürger im Januar 2010 wegen mangelnder Wahlbeteiligung gescheitert war, fiel die Wahlentscheidung wieder auf den Kreistag zurück. Als LINKE bedauern wir das, haben wir doch an dieser Stelle für mehr Demokratie gestritten.

Die Sitzverhältnisse im Kreistag sind aber so beschaffen, dass es keine eindeutigen Mehrheiten gibt, wenn sich nicht mindestens zwei Fraktionen einigen.

Vor diesem Hintergrund kam die SPD auf die LINKE zu, um über ein mögliches gemeinsames politisches Agieren und einen möglichen gemeinsamen Landratskandidaten zu verhandeln. Der Kreisvorstand und die Fraktion sind auf dieses Ansinnen mit der Maßgabe eingegangen, dass es eine verbindliche inhaltliche Arbeitsgrundlage gibt. Auch die Aussage, dass Dieter Friese nicht die nötigen Stimmen aus unserer Fraktion bekommen wird, war ein ehrliches Signal von unserer Seite, auf das die SPD reagieren konnte und reagiert hat. Das Vorschlagsrecht der SPD für den Landrat war ansonsten für uns unstrittig. Von Seiten der LINKEN nahmen an den Gesprächen Diethelm Pagel und Kerstin Nedoma für den Kreisvorstand sowie Dr. Edeltraud Radochla und Birgit Wöllert für die Kreistagsfraktion teil. Am 5. und am 16. März wurden Kreisvorstand und Fraktion über den jeweiligen Arbeitsstand informiert und weitere Schritte beraten. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand eine inhaltliche Arbeitsplattform für das Agieren im Kreistag, die schließlich den Titel „Kooperationsvereinbarung“ bekam, denn für Mehrheiten im Sinne einer Koalition reichen unsere Stimmen im Kreistag nicht. Grundlage für das Papier waren die beiden Wahlprogramme von SPD und LINKEN. Die Schnittmenge gemeinsamer Zielstellungen hat schließlich Eingang in die Kooperationsvereinbarung gefunden. Dem hat der Kreisvorstand am 25. März seine Zustimmung gegeben und für den 16. April eine Gesamtmitgliederversammlung für den Spree-Neiße-Kreis nach Forst einberufen. Die Kreistagsfraktion hatte dem Entwurf zuvor am 12. April ihre Zustimmung gegeben. Noch zwei

(Fortsetzung auf Seite 5)

Mitgliedschaft für rot-rote Kooperation im Landkreis

(Fortsetzung von Seite 4)

Tage vor der Mitgliederversammlung gab es redaktionelle Änderungswünsche von der SPD-Seite.

Dieser kurze zeitliche Rückblick macht deutlich, dass wir mit Blick auf die Landratswahl am 19. April sehr zügig und schnell zu arbeiten hatten. Großer Informationsvorlauf war kaum möglich. Und es galt immer auch, Rücksicht auf den anderen Verhandlungspartner zu nehmen. Das fand auch bei der Mehrzahl der Mitglieder Verständnis. In einer mehrstündigen, überwiegend konstruktiven Diskussion wurden die inhaltlichen Aspekte der vorgelegten Kooperationsvereinbarung erörtert.

Dabei fand Anerkennung, dass wir auf dieser Grundlage die Möglichkeit haben, Ziele linker Politik wirksamer umzusetzen. Die Sorgen aus dem Norden des Landkreises, dass zum Thema Braunkohle zu wenig gesagt werde, spielten in der Diskussion eine Rolle. Auch dass die Kritik an der bisherigen Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze zu kurz komme, wurde angesprochen.

Zu dem Thema „Weitere Bodenschätze“ sah die Mehrheit noch inhaltlichen Klärungsbedarf. Es wurde aber auch der Anspruch an die Fraktion deutlich formuliert, dass das Papier nur mit Leben erfüllt werden wird, wenn es durch konkrete Anträge im Kreistag gemeinsam mit der SPD umgesetzt wird. Schließlich hat von den 88 anwesenden Mitgliedern aus dem Spree-Neiße-Kreis bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen eine deutliche Mehrheit dem Entwurf der Kooperationsvereinbarung seine Zustimmung gegeben.

Die Kooperationsvereinbarung zwischen SPD und LINKER wurde am 17. April öffentlich unterzeichnet. Es ist das erste Mal, dass beide Seiten sich auf Kreisebene eine schriftlich fixierte Arbeitsgrundlage geben. Leider haben die Mehrheiten nicht ausgereicht, um dafür auch einen Landrat zu wählen. Die Umsetzung der vereinbarten Inhalte wird damit in den kommenden Jahren schwierig.

Dr. Edeltraud Radochla,
Mitglied der Verhandlungsgruppe

Und so beginnt es ...?

Landkreis Spree-Neiße:
Weitermachen - aber auf Fallstricke achten!

Eigentlich begann alles schon im Februar dieses Jahres.

Nachdem keine Partei – auch unsere! – das Wahlvolk dazu bewegen konnte, ihren Landrat im Spree-Neiße-Kreis selbstbestimmt und demokratisch zu wählen, fiel diese Aufgabe wieder zurück an den Kreistag.

Und so kam es, dass die GenossInnen der SPD-Kreistagsfraktion zu unseren GenossInnen sagten: „Lasst uns mal reden!“ Über Gemeinsames, Trennendes, ob man vielleicht miteinander könnte...? Der Kreisvorstand gab nach einigen Vorbehalten sein OK.

Eine Sondierungsgruppe wurde gebildet – sie war später auch die Verhandlungsgruppe: Kerstin Nedoma, Birgit Wöllert, Edeltraud Radochla und Diethelm Pagel gehörten ihr an.

Ein Entwurf für eine Kooperation mit der SPD wurde erarbeitet. Dabei stellte sich heraus, dass es große Übereinstimmungen in beiden Wahlprogrammen gibt. Die SPD stand dem Papier auch nicht ablehnend gegenüber. Erneut wurde der Kreisvorstand befragt: Weitermachen oder nicht? Die Antwort: Weitermachen – aber auf Fallstricke achten!

Und dann wurde verhandelt. Aber einige Themen meidet die SPD neuerdings wie der Teufel das Weihwasser. Das Thema DEMOKRATIE zum Beispiel (Bürgerhaushalt) oder die ENERGIEFRAGE (Braunkohle oder nicht?) und das Thema BEIRAT des Eigenbetriebes Grundsicherung. Sogar die nun im Vertrag manifestierte Ombudsstelle musste unsere Verhandlungsgruppe denen von der SPD fast aus der Nase ziehen.

Irgendwann ging es natürlich auch um Personalien. Dieter Friese oder nicht? Das war die Frage. Doch er bekäme nicht nur von unseren Abgeordneten keine Unterstützung – und auch sonst keine Mehrheiten im Kreistag bei der Wahl. Vielleicht gibt es noch einen anderen Kandidatenvorschlag? Es gab ihn, und mit Andreas Petzold, Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion, wurde eine Person benannt, der wir auch unsere Unterstützung zusagen konnten. Im Kreisvorstand gab es dazu ebenfalls ein positives Votum.

Am 16. April lud der Kreisvorstand alle GenossInnen des Spree-Neiße-Kreises zu einer außerordentlichen Gesamtmitgliederversammlung ein, um über den nun fertigen Kooperationsvertrag zu diskutieren.

Ich habe mich als Gast eingeladen und wurde Zeuge einer angeregten konstruktiven Debatte.

Zugegeben, auch ich hätte mir eine eindeutigere Aussage in Bezug auf die Energiegewinnung in der Lausitz gewünscht. Und auch ich bin über eine Formulierung gestolpert, die da lautete: „Der Eigenbetrieb Grundsicherung hat erfolgreich gearbeitet“. Wie, bitteschön, kann denn eine linke Partei die „Erfolge“ einer solchen Institution bewerten?

Trotzdem: Das vorliegende Papier ist das, was man als den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ zwischen der SPD- und der Linksfraktion im Kreistag Spree-Neiße bezeichnen kann. Nicht mehr und nicht weniger. Der Vertrag ist – und das haben auch die Teilnehmer der Versammlung in Forst mit großer Mehrheit so gesehen – eine gute und solide Arbeitsgrundlage.

Ob der neue Landrat nun Andreas Petzold, Harald Altekrüger oder wieder Dieter Friese heißen wird oder ganz anders, der Kooperationsvertrag ist trotzdem ein guter Neuanfang für die Arbeit unserer Abgeordneten. *Sigrid Mertineit*

P.S. Der neue Landrat heißt seit dem 19. April Harald Altekrüger (CDU). Er bekam im 2. Wahlgang 25 Stimmen und damit zwei Stimmen mehr als Andreas Petzold. Dieter Friese schied bereits im 1. Wahlgang mit nur acht Stimmen aus.

Ortsvorstand nimmt intensive Zusammenarbeit mit den Basisorganisationen auf

Als Euer aller Ortsvorsitzender und Landtagsabgeordneter ist es mir eines der wichtigsten Anliegen, Euch als Mitglieder unserer Partei immer als Partner und Unterstützer an meiner Seite zu haben. Eure Anliegen, Einwände, Ansporn, Probleme, Kritik aber auch Lob und positive Rückmeldungen sind in der alltäglichen Arbeit wichtige Rückmeldungen, um besser werden zu können und Gutes zu erhalten und wertschätzen zu können.

Speziell als Ortsvorsitzender trage ich die Verantwortung, im Interesse der Cottbuser Genossinnen und Genossen die Partei und ihre Politik nach außen zu vertreten und bin Euch Rechenschaft schuldig. Diese durchaus enorme Verantwortung kann ich nur tragen, wenn die Beratungen des Ortsvorstandes mit seinen Mitgliedern, vertreten durch die BO-Vorsitzenden, weiterhin so konstruktiv und erfolgreich verläuft wie am 19. März geschehen.

In den folgenden Zeilen möchte ich die Gelegenheit nutzen, Euch Genossinnen und Genossen, die von ihren BO-Vorsitzenden dort vertreten wurden, direkt zu informieren, worüber wir im Einzelnen beraten haben.

Wichtig war mir zunächst, dass alle 30 anwesenden BO-Vorsitzenden und die anwesenden Vertreter der IG und AG einige Informationen zu mir selbst erhielten. Ich glaube, dass das Wissen um den persönlichen Hintergrund eine intensive, offene und vertrauensvolle Arbeit ermöglicht. Darum geht es mir sehr deutlich.

Auch die bisherigen Ergebnisse der Ortsvorstandssitzungen wurden von mir kurz präsentiert.

Dabei waren die Zuständigkeiten und Ansprechpartner, die Geschäftsordnung und der Jahresplan Schwerpunkte meiner Ausführungen. Insgesamt, denke ich, haben wir eine gute Mischung zwischen Jung und Alt sowie den unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Schwerpunktthemen der Euch vertretenden Genossen geschaffen.

Zum Ende meiner einführenden Worte machte ich noch eine kurze Bemerkung zu den aktuellen Themen im Landtag und versichere Euch, dass ich alles Wichtige in den kommenden Wochen an Euch weiterleite, damit wir in eine intensive Diskussion einsteigen können.

Ein wichtiges Anliegen, dass durch mehrere BO-Vorsitzenden auf unserer Konferenz vorgetragen wurde, war die Vorsitzendendiskussion der Partei. Dabei wurden der Eindruck der Landesparteitagsdelegierten zur geplanten neuen Parteiführung geäußert, die Hintergründe und taktischen Überlegungen und Tragweite dieses Mitgliederentscheides geäußert.

Im offenen Gespräch wurde schnell klar, dass neben grundsätzlicher Kritik an dem Fakt des doppelten Vorstandes die Art und Weise der Entscheidungsfindung sehr kritisiert wird. Dabei lehnten einzelne BO die Aufteilung und Interessensaufsplittung grundsätzlich ab.

Ich habe den BO-Vorsitzenden auf der Versammlung zugesagt, dass ich die „tiefe Besorgnis“ aufnehme und ein Schreiben an den Landesvorsitzenden aufsetzen werde.

Neben der Vorstandsfrage trug der Genosse Masula als Vorsitzender der AG SeniorInnen seine Vorschläge in der Frage ein, wie wir Mitglieder einbinden, die durch gesundheitliche Umstände nicht mehr an Parteitagen, Gesamtmitgliedervers. o. ä. teilnehmen können. Er wird sich in den nächsten Tagen mit dem Mitgliederbeauftragten Sten Marquaß zusammensetzen und die vorgeschlagene Lösung eines Betreuungsmodells beraten.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe BO-Vorsitzenden, ich danke Euch für Euer Interesse, Eure Fragen und Anregungen, nehme Eure Kritik ernst und rufe des weiteren dazu auf, meinen Mitarbeitern oder mir selbst, sollte ich in der Kreisgeschäftsstelle sein, Eure Anliegen vorzutragen.

Jürgen Maresch

Öffentliche Einladung

Am Montag, dem 14. Juni, 18.00 Uhr, spricht und diskutiert

Prof. Dr. Michael Brie
Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

im Cottbuser Club der Volkssolidarität, Elisabeth-Wolf-Straße 41,
mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern über das Thema

Was will die LINKE?
Zur Programmdebatte

Dazu laden wir jedermann herzlich ein.

Karikatur: Hänschen

Signale aus Darmstadt – für den Frieden

Im September 1983 trafen sich 20 Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr in Darmstadt und gründeten den „Arbeitskreis Darmstädter Signal“. Ihre Forderungen damals: Keine Stationierung neuer Atomraketen auf deutschem Boden! Die Mitglieder des Arbeitskreises nennen sich selbst „Kritisches Forum für Staatsbürger in Uniform“.

Ihre Forderungen:

- **April 1999:** Einstellung der Luftangriffe der NATO gegen Jugoslawien – Einleitung von Friedensverhandlungen!
- **September 2001** – nach den Terroranschlägen in New York: Jetzt gilt es, Vernunft und Besonnenheit zu wahren. Wir warnen davor, dass sich die BRD an kriegerischen Handlungen beteiligt!
- **2002:** Abschaffung der Wehrpflicht – dafür eine rund 200 000 Mann/Frau starke Freiwilligenarmee, die überdies den Staatshaushalt auch wesentlich weniger belasten würde.
- **März 2003:** Verurteilung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen den Irak durch die USA
- **Januar 2006:** Kein Bundeswehreinsatz im Inneren!
- **Februar 2007:** Ablehnung des geplanten Tornado-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan. Offener Brief an die Mitglieder des Bundestages mit der Aufforderung, das Ansinnen der Regierung in dieser Sache abzulehnen.
- Generell wird ein Einsatz der AWAC-Aufklärer in Afghanistan abgelehnt.
- **März 2007:** Bei Gewissenskonflikten gibt es eine Pflicht zur Gehorsamsverweigerung! Oberstleutnant Jürgen Rose äußert öffentlich rechtliche Zweifel am Tornado-Einsatz in Afghanistan. Er äußert auch, dass ihn dienstliche Arbeiten in Gewissenskonflikte bringen, die mit diesen Einsätzen in Verbindung stehen und erwartet von seinen Vorgesetzten, dass er von diesen Tätigkeiten entbunden wird. Mit dieser Auffassung ist er nicht allein.
- **Januar 2008:** Afghanistan braucht eine Großoffensive des zivilen Aufbaus, Afghanistan braucht Ärzte und Lehrer und nicht mehr Soldaten!
- **November 2008:** Soldaten fordern einen stufenweisen zügigen Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan.
- **September 2009:** Zum von Oberst Klein befohlenen Luftangriff auf die beiden Tanklastzüge im Kundus, bei dem zahlreiche zivile Opfer zu beklagen waren: Der Luftangriff war eine voreilige, völlig überzogene Reaktion auf eine Situation, die weder für die deutschen Soldaten noch für die Zivilbevölkerung eine ernste Gefahr darstellte. Es war genügend Zeit vorhanden, um mit geeigneteren Mitteln der Sache Herr zu werden.
- **Februar 2010:** Truppenabzug statt Aufstockung des Bundeswehrkontingents im Krieg gegen Afghanistan!
- **April 2010:** Trauer um gefallene Kameraden in Afghanistan – Forderung nach dem endgültigen Ausstieg aus dem sinnlosen Blutvergießen in Afghanistan!

Arbeitskreis DARMSTÄDTER SIGNAL
DAS KRITISCHE FORUM FÜR STAATSBÜRGER IN UNIFORM

Der mittlerweile zehnjährige militärische Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan brachte folgende Resultate:

- Keinen Wirtschaftsaufbau, sondern sinkendes Einkommen und Elend;
- keinen Zivilaufbau, sondern Zerstörung traditioneller Zivilstrukturen;
- eine Frauenbefreiung, sondern Gefährdungszunahme für Frauen;
- keine Demokratie, sondern Korruption, Rechtsbruch und Gewalteskalation.

Für die Politik sollte dies Grund genug sein, endlich die richtigen Entscheidungen zu treffen. Stattdessen werden die Gefallenen neuerdings zu Helden stilisiert, um in der Bevölkerung eine Art Solidarität für die kämpfende Truppe in Afghanistan zu erzeugen.

Der „Arbeitskreis Darmstädter Signal“ hat etwa 100 Mitglieder, die Angehörige der Bundeswehr sind. Zur Unterstützung des Arbeitskreises wurde am 15. März 1986 der „Förderkreis Darmstädter Signal e.V.“ gegründet. Ihm gehören sehr viele auch prominente Mitglieder an, z.B. Dr. Lothar Bisky.

Alle Informationen, Pressemitteilungen, Interviews usw. können auf der Homepage des „Arbeitskreises Darmstädter Signal“ www.darmstaedter-signal.de nachgelesen werden.

Auch eine große Linksammlung von Friedensinitiativen und –vereinigungen findet man dort.

Sigrid Mertineit

Keine Lizenz zum Töten in Afghanistan!

Die Entscheidung der Bundesanwaltschaft und die Aussage von Verteidigungsminister Guttenberg, sie schaffe Rechtssicherheit für die Soldaten, kommentiert Christine Buchholz, Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Partei DIE LINKE:

Als Folge des Befehls eines Bundeswehroffiziers wurden über 140 Menschen getötet, und die Bundesstaatsanwaltschaft hält dies nicht für strafrechtlich relevant. Das ist ein politisches Urteil, das Rechtssicherheit schafft. Es bedeutet, dass sich die Bundeswehr künftig weniger Sorgen über die Folgen ihrer Handlungen machen muss. Guttenberg begrüßt die Entscheidung, weil er der Bundeswehr freie Hand geben will, das zu tun, was sie militärisch für richtig hält. Die Folge werden mehr tote Zivilisten sein.

Die Bundesregierung erlaubte mit der Einstufung als „nichtinternationalen bewaffneten Konflikt“ den Soldaten, den Tod von Zivilisten hinzunehmen, wenn er im Verhältnis zum militärischen Erfolg stehen und er nicht vorsätzlich in Kauf genommen wurde. Die Einstufung als „bewaffneten Konflikt“ und das Töten von Zivilisten passt nicht zur öffentlichen Begründung der Regierung für den Einsatz, die Bundeswehr schütze die Zivilbevölkerung.

Die Bundeswehr führt Krieg gegen die Zivilbevölkerung. DIE LINKE fordert den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Aus meiner Sicht

Der Lack ist ab, nicht nur „umgangssprachlich“

Von deutschem Boden geht wieder Krieg aus

Ich erinnere mich noch gut der Worte meiner Mutter, wenn sie über die schrecklichen Bombennächte 1943/44 in Königsberg, die Flucht aus der alten Heimat und den „Heldentod“ meines Vaters sprach: „Nie wieder Krieg – lieber jeden Tag trocken Brot essen“.

Vergessen ist auch nicht unser Schwur in der DDR: Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen! Der sozialistische „Unrechtsstaat“ hat ihn gehalten, der „Rechtsstaat“ BRD hat ihn gebrochen. Seit vergangenem Monat wird der Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan nun auch regierungsoffiziell als Krieg bezeichnet, wenn auch nur „umgangssprachlich“.

Doch der Lack ist ab – die Verschleierungstaktik von schwarz-gelb ist gescheitert. Der „Heldentod“ von sieben weiteren Soldaten der Bundeswehr – es sind nunmehr bereits 43 – hat das erneut mit aller Tragik vor Augen geführt. Der

Blutzoll dieses sinnlosen Kriegseinsatzes steigt immer weiter.

Auch bei der Fernseh-Übertragung des Staatstraueraktes konnte ich mich eines mulmigen Gefühls nicht erwehren. Nicht weil die Kanzlerin erst durch eine Schlagzeile der „Bild“-Zeitung ihre Teilnahme als „ein persönliches Anliegen“ und „Herzensbedürfnis“ entdeckte. Es war die Art und Weise der Zeremonie, das ganze Drumherum, das mich an ähnliche Rituale aus finsterster deutscher Vergangenheit erinnerte.

Als geborenes „Kriegskind“ mischte sich bei mir in das Verständnis über die Trauer der Angehörigen der getöteten Soldaten zugleich ein starker innerer Protest, ja sogar Wut, gegen die Verantwortlichen dieses Kriegseinsatzes. Daran konnten auch die wohl geformten und abgewogenen Worte in den Trauerreden des nunmehrigen Kriegsministers Guttenberg und der Kanzlerin nichts ändern. Im Gegenteil.

Ich empfand sie als heuchlerisch. Schließlich sind sie es doch, die die Soldaten nach Afghanistan schicken, im Wissen, dass sich die Sicherheitslage dort dramatisch verschlechtert hat.

Schreit das nicht geradezu nach einer Antwort auf die Frage: Was wird getan, um dem Blutvergießen schnellstmöglich Einhalt zu gebieten? Doch außer Lippenbekenntnissen, Floskeln und leeren Worthülsen gibt es bisher keinen konkreten Friedensplan.

Vielmehr ergeht sich Frau Merkel in Durchhalteparolen, der Bundeswehreinsatz sei „im Interesse unseres Landes“ und ein Abzug jetzt „verantwortungslos“.

Nein, Frau Merkel, diesen Krieg weiter zu führen, das ist verantwortungslos!

Stattdessen eskaliert das Kriegsgeschrei, ist eine Debatte über Ausrüstung und Ausbildung der Bundeswehr in Afghanistan entbrannt. Ex-Militärs fordern unter anderem mehr Kampf- und Transporthubschrauber, Aufklärungsdrohnen und Artillerieunterstützung. Man spürt es förmlich: Hier haben einige Leute wieder Lunte gerochen.

Doch die Zeiten haben sich geändert. Die übergroße Mehrheit der Deutschen in Ost und West (etwa 70 Prozent) ist gegen diesen Kriegseinsatz und für einen schnellstmöglichen Rückzug aus Afghanistan. Mit jedem neuen toten deutschen Soldaten, mit jedem weiteren schweren Gefecht, bei dem, wie gehabt, auch viele

Unschuldige sterben, nehmen die Proteste in der Bevölkerung zu. Und es gibt zum Glück eine starke gesellschaftlich Kraft, die den Afghanistaneinsatz vom ersten Tage an ablehnt und einen sofortigen Abzug der Bundeswehr fordert: DIE LINKE. Sie ist die einzige Friedenspartei im Bundestag. Für mich ist das übrigens eine Bestätigung für mein persönliches Engagement in dieser Partei – trotz aller Personalprobleme und Querelen mit Doppelspitze und Mitgliedervotum.

„Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik... Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr“.

Dieser Passage aus dem Entwurf für unser neues Parteiprogramm kann ich nur vollinhaltlich zustimmen. Sie trifft den Kern des Problems und zeigt den Weg für die Lösung von Konflikten für Heute und für Morgen. *J.T.*

Das Gesicht des Krieges muss verschwinden

Selbst ein alter Haudegen wie der preußische Feldmarschall Helmuth von Moltke hatte erkannt: „Ein Krieg, selbst der siegreichste, ist ein nationales Unglück“.

Trotzdem ist die Geschichte vor ihm und nach ihm voll davon. Geführt wurden sie für Gott, Kaiser, Könige, Führer und Kanzler. Nicht ohne unwürdige Erwähnung soll hier die Sorte Generäle bleiben, die, gierend nach Ruhmesblättern in kommenden Geschichtsbüchern, Millionen von Menschen in der Blüte ihrer Jahre auf die Schlachtfelder schickten, wo sie verdorrten. Den Preis für ihren Griff nach Macht und Einflusssphären, nach Glanz und Gloria, den zahlten in der Regel die Völker und die einfachen Soldaten.

Bei dem Pazifisten Carl von Ossietzky klang das so: „Es haben viele Nationen miteinander gekämpft, aber geflossen ist nur einerlei Blut: das Blut der Bürger Europas“. Die Tragik liegt darin.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Noch heute werden Kriege gemacht und geführt. Noch heute beginnen Kriege mit Lügen. All zu oft endeten sie auch damit und erwiesen sich somit langlebiger als mancher Kriegsteilnehmer.

Es sei ins Bewusstsein gerufen: Was macht das Gesicht des Krieges aus?

Sein Gesicht ist gewalttätig, blutig und hässlich. Was einem da vor die Augen kommt, was man da an die Ohren bekommt, sind zerstörte Städte und Dörfer, vernichtete Kultur, sinkende Schiffe,

Quelle: www.scharf-links.de

brennende Panzer und Massaker. Dann - zwischen Stahlgewittern, Blockaden, Kesseln und längsten Tagen schließlich die Schmerzensschreie und Hilferufe verletzter Soldaten, die, wenn sie es auch noch ins Lazarett schafften, dennoch so zahlreich gehen mussten. Unflickbar!

Und dann die Soldaten, die je nach technologischem Stand der Waffentechnik und ihrer Feuerkraft niedergestreckt, zerrissen und verbrannt auf dem Schlachtfeld liegen blieben. Unrettbar! Gefallen, wie es immer so heldisch formuliert heißt. Wohl, sie werden gezählt. Aber wirklich fassen und verstehen kann man ihren Verlust nicht, verbergen sich dahinter doch Schicksale. Hinter jedem Namen!

Eine weitere Problemzone im Gesicht eines jeden Krieges sind die seelischen, moralischen und geistigen Verwüstungen. Für jene an diesen Hinterlassenschaften

Leidender ging der Krieg weiter. Gegen sich und gegen andere in ihrem persönlichen Umfeld. Wenn sie nicht im Krieg zerbrachen, so zerbrachen viele von ihnen im Nach-Krieg.

Obwohl man das eigentlich alles weiß, laufen die Kriegsmaschinen vielerorts weiter auf Hochtouren und fahren schmutzige bluttriefende Renditen ein.

Auch deutsche Soldaten, die sich eigentlich im 20. Jahrhundert in zwei Weltkriegen reichlich abgearbeitet haben, sind wieder in Tritt gekommen.

Deutsches Kriegshandwerk ist erneut ein Export-Schlager. Im Katalog der Bundeswehr stehen heute der Balkan, Afghanistan, das Mittelmeer und Regionen in Afrika. Manche der Einsatzgebiete kannte ja schon die Wehrmacht. Man hat also nichts gelernt.

Diesen Schluss lässt zumindest die Unterstützung des Auslandsengagements der Bundeswehr durch die Regierungen Schröder und Merkel zu.

Statt vornehmlich auf militärische Nachsorge in den Konfliktregionen dieser Welt zu setzen, ist es immer besser, lange, sehr lange vorher aktiv zu werden, um in ziviler Vorsorge schon vor dem Entstehen eventuell gefährlich werdender Konflikte etwas zu tun.

Die Geschichte aller Kriege und alle seine Opfer wären eigentlich Mahnung und Auftrag genug, den Krieg als Mittel der Politik außerhalb des Blickfeldes aller politisch Handelnder und Verantwortlicher zu stellen, so dass sein gewalttätiges, blutiges, hässliches Gesicht verschwindet.

Ein für allemal!

René Lindenau

Der Weg, durch Gesellschaftsänderung Krieg, Hunger und Unterdrückung zu überwinden, mag unrealistisch sein, aber er ist langfristig der einzig mögliche.

Gerald Dunkl

Im Mai 1945

Aus der Arbeit des Stadtrates Walter Wagner

Am 13. Mai 1945 ernannte der militärische Kommandant von Cottbus, Gardemajor Dimitri Tscherwjakow, im Verwaltungsgebäude am Altmarkt den Bürgermeister Max Döring und acht Stadträte.

Einer der Stadträte wurde der Kommunist Walter Wagner (1896-1970). Walter Wagner war 1934 in Cottbus wegen Herstellung einer hektografierten antifaschistischen Zeitung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden Er wurde im Zuchthaus Brandenburg-Görden eingekerkert, nach Freilassung und erneuter illegaler Tätigkeit im KZ Sachsenhausen eingesperrt, am Ende des Krieges beim Bau von Verteidigungsstellungen der Wehmacht – trotz bescheinigter Wehrunwürdigkeit! – eingesetzt.

Nach Cottbus zurückgekehrt, fand er die Wohnung in der Parzellenstraße zerstört, seine Frau war beim Bombenangriff verletzt worden und starb in einem Regensburger Krankenhaus.

Nun diese neue Aufgabe, die er nie ausgeübt hatte und doch rasch beherrschen lernen musste.

„Wir haben sehr viel vor uns“, hatte der sowjetische Kommandant gesagt, „wir werden anstelle Hitler-Deutschlands ein demokratisches Deutschland aufbauen. Ich möchte den Herren Stadträten den guten Rat geben, den Personalbestand ihrer Abteilungen nicht aufzublähen, sondern sich mit Menschen zu umgeben, die mit Energie an die Sache herangehen“.

Dem Stadtrat für Verwaltungswesen Wagner sagte er unter anderem: „Auswählen von Arbeitskräften immer aus demokratischen Kreisen, welche nichts mit dem faschistischen Regime zu tun hatten Dafür haften Sie hundertprozentig.“

In den Sitzungsprotokollen der folgenden Wochen findet sich zum Stadtrat Wagner diese Hinweise: „Stadtrat Wagner stellt den Antrag bei der Kommandantur, Nazis für den Arbeitseinsatz zu erfassen. Es ginge nicht an, dass die Arbeiterfrauen Schuttmassen wegräumen, während diese Leuten nichts täten“. Stadtrat Wagner teilt mit, dass noch viele Minen herumlägen. Es wird angeregt, Fachleute von der Kommandantur zur Verfügung zu stellen. Major Tschitschkin sichert das zu. Stadtrat Wagner schneidet die Frage der Finanzierung an. Viele Kriegsversehrte, Rentner und auch Geplünderte hätten kein Geld. Stadtrat Wagner wird beauftragt, für Pfingstsonntag eine musikalische Veranstaltung zu Ehren der schwer arbeitenden Kollegen der Stadtwerke zu organisieren.

Tausend Aufgaben für einen Stadtrat, hundert Entscheidungen jeden Tag, der bis in die Nacht reichte. Vielleicht einige Aufgaben zu viel? Ende Mai 1945 wurde Walter Wagner bei der Kommandantur wegen Zusammenarbeit mit den Nazis denunziert und verhaftet. Die Denunziation ist rasch aufgeklärt, es gibt viele Genossen, die für den kompromisslosen Antifaschisten einstanden. Wagner wird freigelassen.

Doch ein Vorwurf ist nicht zu entkräften: Bei einer Personalüberprüfung wurde festgestellt, dass am 26. Juni 1945 noch 44 ehemalige Mitglieder der NSDAP in der Stadtverwaltung arbeiteten. Dafür hatte der Stadtrat hundertprozentig zu haften.

Die Nazis wurden am 30. Juni aus der Verwaltung entfernt. Am 11. Juli stellte die Ortsgruppe der KPD den Antrag, Walter Wagner als Stadtrat zurück zu ziehen. Eine bittere Lehre für den Antifaschisten. Doch die Genossen halfen, ein neues Betätigungsfeld zu finden.

Ende Juli 1945 ging Wagner nach Hoyerswerda, dessen Landrat Hans Werner ihn schon seit den 20er Jahren kannte. Er wurde im Landratsamt beschäftigt und wurde Abteilungsleiter für Handel und Versorgung. Am 1. Februar 1946 berief ihn der Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen, Fritz Selbmann, zum Direktor der Industrie- und Handelskammer des Kreises Hoyerswerda.

Walter Wagner mit Frau Martha und Tochter Vera 1922

Nach Stationen der Leitungsarbeit in Berlin kehrte Walter Wagner 1958 nach Cottbus zurück und arbeitete als Instrukteur für Geschichte in der SED-Bezirksleitung Cottbus. Im Jahre 1965 wurde ihm die Ehrenbürgerschaft der Stadt Cottbus zuteil. Eine Sandower Schule trug zu DDR-Zeit seinen Namen.

H.-H. Krönert

Besiegt ist nur, wer den Mut verliert.
Sieger ist jeder, der weiterkämpft.
Verfasser unbekannt

Ein Stadtteil mit großem Weitblick

Gespräch mit der Neu-Schmellwitzer Stadtteilmanagerin Karin Kühl

Das „WK 12“ sollte das größte Neubau-Wohngebiet von Cottbus werden, in drei Bauabschnitten von Saspow bis Sielow. 1994 zogen die ersten Mieter ein. Straßen und Fußwege gab es zunächst noch nicht, wohnen auf einer Baustelle also. Mit der Wende kamen grundlegende Veränderungen. Die Stadt Cottbus wurde das politische und wirtschaftliche Oberzentrum im Süden des Landes Brandenburg. Sie konnte allgemeine Entwicklungen nicht aufhalten. Arbeitsplätze in Cottbus und der Region verschwanden und mit ihnen viele Menschen. Immer mehr Wohnungen blieben leer. Es kam das Aus für zahlreiche Plattenbauten. Auch und deutlich spürbar in Neu-Schmellwitz. Der erste Bauabschnitt wurde nicht mehr fertiggestellt.

Neu-Schmellwitz ist heute nicht mehr wieder zu erkennen. Der Rückbau von Wohnungen in Größenordnungen war eine wirtschaftliche Notwendigkeit für GWC und GWG.

Damit verbunden war auch die Umsiedlung von Neu-Schmellwitzer/innen in andere Stadtteile. Das ging natürlich nicht reibungslos. Emotionen schossen hoch, von Unverständnis bis Resignation. Nicht zuletzt geschuldet auch einer schleppenden Öffentlichkeitsarbeit von Verantwortungsträgern. Einige Händler und Dienstleister gaben Geschäfte in Neu-Schmellwitz auf oder siedelten um. Auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Bis Ende 2009 wurden 2381 Wohneinheiten rückgebaut, fast 50 Prozent des Bestandes – unübersehbar. Der Stadtteil hat sein Gesicht einschneidend verändert. Man kann nun den Blick weit schweifen lassen. Knapp 5000 Menschen wohnen jetzt noch hier. „Herzblatt“ war im Gespräch mit Stadtteilmanagerin Karin Kühl.

Neu-Schmellwitz – ein vergessener Stadtteil?

„Nein, eben nicht“, sagt Karin Kühl, seit zwei Jahren Stadtteilmangerin in Schmellwitz. „Wir wollen ihn gemeinsam mit den Bürgern lebens- und liebenswert gestalten. Die Bedingungen dazu sind gar nicht mal so schlecht, auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheint.“

Karin Kühl, wo siehst Du als Stadtteilmanagerin Deine Schwerpunktaufgaben?

Eine der Schwerpunktaufgaben meiner Arbeit ist die Moderation des Interessenausgleichs für den weiter zu führenden Stadtumbauprozess. Dazu gehört, dass bei allem Anpassungsbedarf die gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen im laufenden Stadtumbauprozess im Vordergrund steht. Das soziale Miteinander von Arbeitslosen, Migranten, Menschen mit Behinderungen, Kindern und Jugendlichen, Männern und Frauen, Senioren, Alleinerziehenden und Familien mit Kindern ist ein Gebot der Teilhabe an der gesellschaftlichen Normalität. Des Weiteren gehört dazu, Einwohner/innen zu motivieren, sich an den Umgestaltungsprozessen auf der Grundlage der Stadtumbauziele zu beteiligen und eigene Ideen in Entwicklungsprozesse einzubringen. Verschiedene öffentliche Angebote sollen das Verständnis für aktuelle und künftige Planungsthemen wecken und zum Mitgestalten aktivieren.

Auf wen kannst Du Dich dabei stützen?

Ich kann auf ein bereits vorhandenes, durchaus stabiles Netzwerk aus vielen Trägern, Vereinen und Bewohner/innen zurückgreifen. Dazu gehört insbesondere der Bürgerverein e.V. Schmellwitz. Das Offene Netzwerk Schmellwitz ist der Ort, an dem auf freiwillige Art und Weise Kooperationen zwischen den lokalen Akteuren initiiert und gelebt werden. Ziel der Netzwerker/innen war und ist, den einschneidenden Stadtumbauprozess in Neu-Schmellwitz aktiv, sozial und kulturell zu begleiten.

Die Stärkung und Erweiterung dieses Netzwerkes und das Mittun der Bürgerschaft in dem sensiblen Umbruchprozess ist eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft. Der sozialen und kulturellen Begleitung des Stadtumbauprozesses und der Stärkung des Offenen Netzwerkes Neu-Schmellwitz dient das arbeitsmarktorientierte und gemeinsam getragene Regionalbudgetprojekt „ZiNS –Zukunft in Neu-Schmellwitz“.

Mit dem ZiNS-Projekt werden vielfältige Zielstellungen umgesetzt. Dazu gehörte auch die Stadtteilverschönerung, um einer Verwahrlosung im Umfeld gegen zu steuern. Aber all diese Aufgaben wären nicht möglich ohne die vielen engagierte Neuschmellwitzer/innen. Es werden immer mehr, langsam aber stetig.

In Anbetracht klammer Kassen sicher eine Herausforderung?

Grundlage der Stadtteilarbeit sind die Förderprogramme des Europäischen Sozialfonds, des Bundes und des Landes Brandenburg. Und das heißt auch, dass die Stadt immer eigene Mittel bereit stellt. Und das ist keine leichte Aufgabe. So können insbesondere Vereine Mittel aus der Kasse für kleine Projekte beantragen und erhalten, um zusätzliche öffentliche Angebote zu ermöglichen. Ich möchte hier zu Beispiel an die Erlebnisse im Hof und das jährliche Bürgerfest erinnern.

Neu-Schmellwitz ist ein reines Wohngebiet, da sind zudem Sponsoren rar. Unterstützung bekommen wir vor allen von der Sparkasse Spree-Neiße und den beiden Cottbuser Gebäudeunternehmen. Erstmalig gestaltet die Cottbusverkehr GmbH

(Fortsetzung auf Seite 12)

Ein Stadtteil mit großem Weitblick

(Fortsetzung von Seite 11)

das Bürgerfest in diesem Jahr mit. Wichtig für die Vielfalt der Aktivitäten sind auch die kleinen Spenden. Das beginnt bei Sachspenden von Bürger/innen, dem Blumenladen oder REWE und reicht hin bis zu ehrenamtlichen Leistungen.

Und Ihr habt Erfolge, die Ihr nicht unter den Scheffel zu stellen braucht.
Klar. Ich denke da an die Sicherung vorhandener Angebote, wie des jährlichen Bürgerfestes und des Frühjahrsputzes im Stadtteil sowie die Stadtteilrundgänge, und die Entwicklung neuer Angebote, wie die regelmäßig erscheinende Stadtteilzeitung in Verantwortung des Schmellwitzer Bürgervereins, das neu entstandene Jugendstadtteilmanagement der Regionalwerkstatt Brandenburg e.V., das „Frühstück 50+“ der Kontaktstelle Frauen für Frauen, die zielgruppenorientierten Aktivitäten gegen Suchverhalten des neu entstandenen Lebensweg e.V., das Angebot „Klingendes Neu-Schmellwitz“ der Volkssolidarität gGmbH oder die Qualifizierung im Rahmen der „Medienkompetenz“ des M2B e.V.
Vom 7. bis 9. Mai findet unter Federführung des Bürgervereins das Bürgerfest und vom 3. bis 12. Mai unter Federführung des Jugendhilfe Cottbus e. V. zum fünften Mal die KabO (Kultur am besonderen Ort) statt, eine Neu-Schmellwitzer Spezialität. Lothar Nicht wird am 6. Mai im „Kulturkaffee“, eines neuen Angebotes, lesen.
Neu-Schmellwitz ist auch ein junger Stadtteil. Wir haben zwei Jugendklubs, einige Sportangebote und natürlich den AktivSpielPlatz. Die Kindereinrichtungen und Schulen sind auch ganz schön rege.

Also alles paletti, keine Probleme?
Na nicht doch. Wo gehobelt wird, fallen nun mal Späne. Es gibt noch viele offene Fragen. Die Gestaltung der Rückbau- und Freiflächen braucht sehr viel Augenmerk - und Geld. Bürgerschaftliches Engagement steht zur Verfügung. Das alles braucht Zeit und geht scheinbar oft zu langsam. Wir können (und wollen) keine Bäume ausreißen. Wir wollen welche pflanzen. Flächen haben wir ja genug.

RU

Direkte Demokratie nicht beschädigen!

Am 24. März erhielten wir eine Mail von der Initiative ProTramCottbus. Vermutlich wird der beschriebene Inhalt auch in der lokalen Presse eine Rolle spielen.

Der Anwalt der Initiative habe festgestellt, dass das Bürgerbegehren zulässig sei, rät aber trotzdem nicht zu einem Klageverfahren. Inzwischen ist jedoch auch die Einspruchsfrist abgelaufen.

In dem Schreiben wird unterstellt, dass uns Stadtverordneten und der Stadtverwaltung der Willen der Cottbuser Bevölkerung gleichgültig sei. Mit juristischen Spitzfindigkeiten hätten wir den Willen der Cottbuser mit Füßen getreten. Unterstellt wird uns, dass wir mit diesem Handeln zukünftig im Vornherein weitere Beteiligungen der Bürger abwürgen wollen. Basisdemokratie sei wohl in Brandenburg noch nicht angekommen.

Das kann man so nicht stehen lassen. Uns ist der Bürgerwille nicht gleichgültig. Aber mit solchen Vorwürfen wollen die Initiatoren nur von ihrem eigenen unverantwortlichen Handeln ablenken.

Zunächst möchte ich als einer der drei Mitorganisatoren des ersten Einwohnerantrags in Cottbus im Jahre 2000 zur Gestaltung des Einkaufszentrums „City-Galerie“ etwas zu den damaligen Erfahrungen sagen.

Als im Stadtvorstand der Beschluss gefasst wurde, den Bürgerwillen in das laufende Verfahren einzubringen, machten wir uns zunächst einmal rechtlich sachkundig.

Nach stundenlanger Diskussion, welche Form der Bürgerbeteiligung wir wählen sollten - Bürgerbegehren oder Einwohnerantrag, stellten wir fest, dass eine solche Aktion sehr wohl daran scheitern kann, wenn man Formalien der Kommunalverfassung und des Kommunalwahlgesetzes nicht einhält.

Der Gesetzgeber hat klare Rechtsnormen erlassen für die Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung, wie auch für Beschlüsse, die durch die Bürger in die Kommunalvertretung eingebracht oder direkt zum Beschluss werden.

Dass wir den Umgang mit solchen Formalien sehr ernst nehmen, hängt mit unseren Erfahrungen zusammen: drei Mal hat ein Verwaltungsgericht wegen formalen Fehlern die Cottbuser Hauptsatzung gekippt, so dass dreimal das gesamte Ortsrecht neu beschlossen werden musste. Dadurch sind der Stadt erhebliche Schäden entstanden durch wegfallende Einnahmen.

Aus diesem Grunde hatten wir 2000 alle Möglichkeiten der rechtlichen Abwägung intensiv genutzt. Dabei war die Stadtverwaltung uns gegenüber sehr kooperativ. Sie hat uns auf alle möglichen Risiken hingewiesen, ebenso half uns unsere Landtagsfraktion.

Im Kern ging es damals wie bei der Initiative ProTramCottbus um ein laufendes parlamentarisches Verfahren. Es gab noch keinen Beschluss, gegen den sich der Bürgerwillen richten konnte. Aus diesem Grunde schied für uns ein Bürgerbegehren aus, weil das in einem solchen Fall ausdrücklich nicht zulässig ist. Wir entscheiden uns, wie bekannt, für einen Einwohnerantrag.

Auch im Falle des Bürgerbegehrens von ProTram hat die Stadtverwaltung Unterstützung gegeben. Sie hat ein Gespräch mit den Initiatoren geführt, in dem sie auf die ersichtlichen Formfehler hingewiesen hat. Es wurde ihnen ein Schreiben der Kommunalaufsicht übergeben, in dem auf rechtliche Folgen hingewiesen wurde.

Diese Hinweise wurden von den Initiatoren von ProTram ignoriert. Das finde ich unverantwortlich, weil man über die rechtlichen Folgen informiert war und trotzig seinen eigenen Weg gegangen ist. Damit wurde das Bürgerbegehren trotz vorliegender Hinweise von Vornherein gegen die Wand gefahren.

Es sind also nicht die Stadtverordneten, die der direkten Demokratie geschadet haben, sondern die Ignoranz von ProTram!

Und um es ganz klar zu sagen, das Bürgerbegehren wurde nicht wegen juristischen Spitzfindigkeiten von uns abgelehnt, sondern wegen schwerwiegender Formfehler, die bei verantwortungsbewusstem Handeln bereits in der Anfangsphase hätten abgestellt werden können! Unsere Entscheidung wäre von keinem Verwaltungsgericht in Zweifel gezogen worden.

Dieter Sperling

Stuss oder Kalkül

Warum es mir immer schwerer fällt, 'ne „Aber Änschi“ zu machen

Ehrlich, ich hab's versucht. Mehrfach. Aber irgendwie kann ich mich über Frau Bundeskanzlerin nicht mehr so richtig lustig machen. Ich kann über diese Frau nicht mehr lachen.

Am Anfang ihrer ersten Amtsperiode gab sie Vollgas – bei der Umverteilung des Gesellschaftsvermögens von unten nach oben. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Gutes Futter für Satiren. Aber jetzt macht sie einen auf Glucke: Probleme aussitzen, zumindest die innenpolitischen. Und Nichtssagendes gackern, oder von ihren Jüngern Gesagtes nachplappern.

So wie jüngst: Nachdem ihr Verteidigungs-Jünger das Wort Krieg in den Mund genommen hatte, macht sie's jetzt auch. Nachdem man sich acht Jahre lang vehement gegen diese Wortwahl gewehrt hatte. Und da wird auch gleich noch bisschen Kriegsmaterial an den Hindukusch nachgeschickt. Deutschland ist ja schließlich nicht die Welt – also nicht genug für Merkel.

Also verlegt sie sich auf's internationale Parket: dort wird kräftig Schaum geschlagen bzw. Stuss geredet. Das alles wird natürlich als Erfolg dargestellt.

Auf dem misslungenen Klimagipfel in Kopenhagen präsentiert sie sich und damit Deutschland als Klimaschutz-Vorreiter mit richtig obertollen Gedanken. Vorausgesetzt die anderen machen mit, wohlgemerkt alle anderen. Dass das so nicht geht, war ihr vorher klar. Hinterher dann Krokodilstränen: „Ich habe ja gewollt, aber die anderen...“

Und dann wird kräftig gegen China und Indien gestänkert statt gegen den größten Klimasünder USA.

Oder nehmen wir den Atomgipfel in Washington. Da warnt sie vor „schmutzigen Bomben“ und verlangt(!) juristische(!) Mittel zur Sicherung von radioaktivem Material, damit's Bin Laden nicht klaut. Das war doch wohl im Vorfeld schon geklärt.

Und Merkel tut so, als hätte sie's erfunden. An die Verbannung der seit 50 Jahren in Deutschland stationierten US-Atomraketen wird nicht mal im Traum gedacht. Das wäre nicht nur ein echtes Signal, sondern auch ein ganz praktischer Schritt. Aber sie will es sich mit dem neuen Friedensnobelpreisträger wohl nicht verscherzen. Könnte doch sein, dass sie noch mal vor dem US-Kongress quatschen darf. Englisch kann sie ja besser als ihr Außenminister.

Und dann ihr „Europäischer Durchbruch“ in punkto Griechenland-Hilfe, von den (deutschen) Medien gebührend gefeiert. Soll's doch der IWF richten. Den geht's zwar so richtig nichts an, aber die Europäische Gemeinschaft ist schließlich keine zu melkende Kuh und Deutschland schon gleich gar nicht. (Als ob's bei dieser Frau noch was zu melken gäbe. Ihr Barbie-Dekolleté voriges Jahr in Bayreuth war da auch eher 'ne Lachnummer.)

Jetzt hilft die EU doch. Aber das wird nicht in den Medien gefeiert. Ist ja auch peinlich für die Bundes-Lady. (Nicht zu verwechseln mit der Bundeslade; die hat wirklich was mit Glauben zu tun.)

Bei Merkel & Co. ist sowieso verkehrte Welt: Die Familienministerin heiratet erst mal und feiert im Kanzleramt.

Der Außenminister übt sich in Bundeswehr am Hindukusch, der Kriegs- äh Verteidigungsminister gibt seinen Senf zu internationaler Politik und der Chef der Arbeitslosenverwaltungs-Agentur soll die Bundeswehr reformieren (für mehr Auslandseinsätze).

Übrigens, diese Bundesregierung hält zwei Rekorde: Zum Einen hat sie den Haushalt mit dem absolut größten Schuldenberg und der größten Neuverschuldung, seitdem es diesen Staat gibt. Zum Anderen kommt sie als faulste Regierung aller Zeiten ins Guinessbuch der Rekorde: Sie hat in über 500 Tagen Regierungszeit gerade mal ein (!) Gesetz verabschiedet: das mit der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen.

Nun ist es ja doch noch etwas satirisch geworden.

RU

Gefahr am 1. Mai

Nicht durch aggressive Aufwallung
Kreuzberger Krawallhorden
klug wie der Kopf des
Kopfsteinpflasters
durch Herbeiklecksen Tieferfärbung
des Einfaltspinselbilder über links
im Hirn des millionenfachen
Politspießers
TV – sieht er
vermummte Steinewerfer
ohne Mumm:
von Recht Gemeinwohl autonome
Autos demolierende Links-Autonome

Jürgen Riedel

Sein letzter Lyrikband „Wortbilder VI“ erschien in der edition fischer des R. G. Fischer Verlags,
ISBN 978-3-8301-0547-3

Leserbriefe

KZ-Buchenwald – Selbstbefreiung

Hohe Anerkennung verdient das unnachgiebige Bemühen des Tschernitzer Ortschronisten Paul Wernitz für die im 65. Jahr der Befreiung vom Faschismus nun endlich stattfindende Ehrung des Antifaschisten und Buchenwaldhäftlings Erich Melcher aus und im eigenen Wohnort.

In diesem Zusammenhang jedoch meinerseits zwei kritische Anmerkungen zur abwertenden Beschreibung der „roten Kapos“ , politischen Häftlingen , die Funktionsstellen im Rahmen der Häftlingsverwaltung in den KZ innehatten durch den Autor des LR-Beitrages, Daniel Preischkat, und zum generellen Verschweigen der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald in der Gesamtdarstellung der „Lausitzer Rundschau“.

Nachgeborene Historiker, die heute glauben, die „roten Kapos“ hätten mit der SS paktiert, ignorieren die Tatsache, dass deren Widerstand unter den Augen der Mörder geleistet wurde mit dem Ziel, konspirative Widerstandszentren zu bilden und zu vernetzen. Widerstand musste sich in Form und Inhalt diesen Bedingungen anpassen, wobei es zuallererst um Überlebenshilfe ging (gerechte Lebensmittelverteilung, Hilfe für sprachunkundige ausländische Häftlinge, den „Alltag“ zu meistern, ohne der SS „Anlass“ für „Eingreifen“ zu bieten).

Dazu gehörte auch die Nutzung der Möglichkeiten der bürokratischen Lagerverwaltung, die Veränderung von Transportlisten, Austausch von Identitäten.

Solche Maßnahmen des Überlebenskampfes sind jedoch mit den Maßstäben heutiger Moralität angesichts der allgegenwärtigen Todesgefahr nicht zu beurteilen.

Die Schaffung eines konspirativen Internationalen Lagerkomitees im Juli 1943 aus zehn nationalen Häftlingsgruppen und in dessen Folge der Aufbau einer Militärorganisation zur Selbstverteidigung ist Beweis der Wirksamkeit des antifaschistischen Internationalismus, der Häftlingssolidarität, des Vertrauens, das die politischen Häftlinge unter diesen unmenschlichen Bedingungen erwarben, und eine ungeheure Leistung angesichts der ständigen Bedrohung. Sie war die Grundlage für die Selbstbefreiung am 11.4.1945.

Folgender Ablauf der Ereignisse vom 11.4.1945 ist im Lagebericht 1 vom 11.4.1945 – veröffentlicht durch die Gedenkstätte Buchenwald – dokumentiert:

Als amerikanische Truppenteile in unmittelbarer Lagernähe auftauchten, gelang es der Widerstandsorganisation der Häftlinge, das Lager selbst militärisch zu übernehmen, die verbliebenen SS-Männer zu überwältigen und das Lager gegen herumirrende SS-Einheiten zu sichern, bevor es die Häftlinge am 13.4.1945 dem amerikanischen Kommandanten übergaben. Zitat aus dem Bericht: „Das Wichtigste ist, dass wir den Alliierten als freie Menschen diszipliniert gegenüberstehen.“

Eine ausführliche Betrachtung dazu kann man in folgender Quelle nachlesen: „Neues Deutschland“ 10./11. April, Seite 24. Ebenso die Lektüre von Bruno Apitz’ Roman „Nackt unter Wölfen“.

Sonja Newiak

Energiedebatte - Realitätssinn bewahren

Den Appell von Werner Nowel zur Bewahrung von Realitätssinn, wenn es um das Thema Energiepolitik/Braunkohle geht („Herzblatt“ März 2010) findet meine uneingeschränkte Zustimmung. Unrealistische Behauptungen und fachlich unsinnige Forderungen bringen uns keinen Schritt weiter, denn gefragt sind sachliche Diskussionen und fundiertes Fachwissen.

Es bringt uns nicht weiter, wirtschaftsstarken Unternehmen der Region (z.B. Vattenfall) ständig nur Profitmaximierung (die ist unbestritten vorhanden) vorzuwerfen, ihr soziales Engagement (Sport, Kultur, Bildung), aber auch ihre ökologische Bemühungen ständig weg zu diskutieren.

Wir leben eben nicht auf einer Insel, sondern in einem gesellschaftlichen Umfeld: Kapitalismus, umgangssprachlich soziale Marktwirtschaft genannt.

Unsere Mandatsträger, besonders auf Bundes- und Landesebene, haben die Pflicht, sich den Argumenten aller Betroffenen zu stellen. Dies ist zur Zeit nicht der Fall. Die Forderungen nach einem schnelleren Ausstieg aus der Braunkohlenförderung und -verstromung sind, aus meiner Sicht, purer Populismus. Auch an Ökostrom und Klimawandel kann man bestens Millionen verdienen. Ralf Christoffers (Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg) schätzte im Interview mit der „Lausitzer Rundschau“ am 18. Februar sehr realistisch ein: „Energiepolitik ist doch mittlerweile ein geostrategisches Thema. Ein Thema, das nicht allein deutschlandweit betrachtet werden darf, sondern mindestens auf europäischer Ebene, wenn nicht sogar darüber hinaus. Und weil die Sicherheit der Energieversorgung mit ein zentrales Thema ist, sehe ich mittelfristig keine belastbare Alternative zur Braunkohlenverstromung.“ Das Energieschmarotzerland Deutschland hat nicht das Recht, die fossilen Ressourcen (Erdöl, Erdgas) anderer Länder zu „verbraten“. Energierohstoffimporte reduzieren und gleichzeitig Energieverschwendung abbauen - hier muss diese Debatte beginnen.

Peter Süßmilch,
Diplomgeologe

Lesenswert

Ost-West Denkstrukturen

Ein Briefwechsel zwischen Brandenburg und Hessen/Rheinland-Pfalz

Mit diesem Buch haben Hans Christange, vielen von uns bekannt als aktiver Mitstreiter und ehemaliger Staatsanwalt in Cottbus, und Klaus Stenzel, Politikkundelehrer in der BRD, ein sehr persönliches und interessantes Zeitdokument vorgelegt.

In dem Briefverkehr wird an viele wichtige Ereignisse im Zeitgeschehen erinnert, die uns immer wieder in Atem gehalten haben, aber durch andere sich oft überstürzende Probleme schon wieder fast vergessen waren. Diese Zeitnähe macht es meines Erachtens historisch so wertvoll, weil es ziemlich ungeschminkt unterschiedliche „Denkstrukturen“ widerspiegelt, die in unserer schnelllebigen Zeit im Nachhinein nur schwer wieder so unverfälscht darzustellen wären.

Mit der inhaltlichen Form hebt sich das Buch damit aus der Fülle der gegenwärtig auf den Markt gebrachten Veröffentlichungen über die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und nach 1989 heraus. Es liest sich spannend, schafft Denkpausen, gibt Anstöße zu eigenem Suchen nach Antworten.

Manchmal möchte man am liebsten eigene Gedanken und Lebenserfahrungen mit einbringen, dann ist man wieder erstaunt, dass Hans Christange voller Emotionen und überzeugend an wichtige Ereignisse erinnert, die man selbst vergessen hatte.

Bei der Lektüre des zwölfjährigen Briefwechsels (zum Teil unter Einbeziehung von Schülern aus Darmstadt und Speyer) wird jedoch auch deutlich, dass es bei allem Bemühen um gegenseitige Achtung und Fairness kaum zu einer Annäherung der Standpunkte, kaum zu einer Übereinstimmung in angesprochenen weltanschaulich-humanistischen Auffassungen der Briefpartner gekommen ist.

Von Anfang an sind die Briefe und Stellungnahmen der westdeutschen Partner von dem geprägt, was in der öffentlichen Medienwelt der Bundesrepublik über das Leben im „Osten“ und der DDR verbreitet und zunehmend „dämonisiert“ wurde und wird.

Immer wieder versucht H. Christange in seinen Antworten zu zeigen, wie einseitig mit Begriffen wie „Totalitarismus“, „Stasi“, „Unrechtsstaat“ umgegangen wird, wie die Folgen des Zweiten Weltkrieges, die Entnazifizierung, die Reparationen, der kalte Krieg für die geschichtliche Entwicklung in Ost und West gewesen sind. Ein wirklicher Gedankenaustausch darüber ist nicht zu Stande gekommen.

Oft tauchen dieselben Argumente, zu denen bei aufmerksamem Studium des Briefverkehrs an anderer Stelle schon ausreichend belegte Fakten, Zahlen und fundierte Aussagen des Briefpartners Christange zu finden wären, immer wieder auf, dem Mainstream folgend.

Zu solchen Fragen wie dem KPD-Verbot, die Berufsverbote in der BRD, zu Globke, zur Rolle der drei Nachrichten- und Geheimdienste in der BRD u. a. hingegen kaum eine Meinung, auch nicht auf Nachfrage.

Im ND-Artikel „Messen mit zweierlei Maß“ vom 6./7. März 2010 schreibt Prof. Günter Benser: „Eine kritische Sicht auf die Vergangenheit wird vielen Zeitgenossen geradezu verstellt, wenn sie permanent erleben, dass für die DDR andere Maßstäbe gelten als für die BRD.“

Das alles mit „Mauern in den Köpfen“ abtun zu wollen, wie es heute von einer bestimmten Sorte von Politikern und Journalisten so gern getan wird, ist wohl doch zu kurz gegriffen.

Es wird auch mit diesem Buch wieder deutlich, was Hans Christange selbst auf einen sehr prägnanten Nenner gebracht hat: Es wird höchste Zeit, „ohne Geschichtsklitterung mit uns Ostdeutschen auf Augenhöhe und gleichberechtigt zu verkehren, uns nicht als Menschen zweiter Klasse zu behandeln und unsere Biografien nicht verdrehen zu wollen. Vor allem kommt es mir darauf an, dass uns Wessis nicht erklären sollen, wie Ossis in der DDR gelebt haben. Das wissen wir mit allem Für und Wider wahrlich besser.“

Aber trotz dieser Widersprüche – oder gerade deswegen – ist dieses Buch für mich eine geschichtliche Fundgrube. Es widerspiegelt Befindlichkeiten von Menschen in Ost und West in dieser bestimmten Zeit, bietet viele kluge Gedanken und Argumente und weckt Erinnerungen.

Dafür danke!

Wenn der Briefverkehr weitergeführt werden sollte – was ich mir wünsche – dann hoffentlich „auf Augenhöhe“ und gleichberechtigt zwischen West und Ost als kritische Begleitung der sich wiederum fast überschlagenden gegenwärtigen und künftigen Ereignisse und Entwicklungen.

Ilse Küttner

.....

Hans Christange & Klaus Stenzel
„Ost-West Denkstrukturen“
NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide (2009)
ISBN 978-3-86557-215-8)

Termine

3.5. **18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle

6.5. **10.00 Uhr Eröffnung der Ausstellung „Anatomie des Krieges“ anlässlich des 65. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung Europas vom Hitlerfaschismus**
Foyer des Technischen Rathauses, Karl-Marx-Straße
Die Ausstellung ist öffentlich.

10.5. **17.00 Uhr, „Holt die Bücher aus dem Feuer!“**
Veranstaltung zur Bücherverbrennung am 10. Mai 1933.
Aula der Fontane-Schule, Kahrener Straße
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle

12.5. **9.30 Uhr AG Geschichte**
Geschäftsstelle

15. und 16. Mai
Zweiter Bundesparteitag
DIE LINKE
Stadthalle Rostock

17.5. **18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle

26.5. **14.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung**
Stadthaus Cottbus

26. bis 28. Mai
MdB Wolfgang Neskovic
in Cottbus

27.5. **18.00 Uhr Kreisvorstand**
Geschäftsstelle

7.6. **18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle

9.6. **9.30 Uhr AG Geschichte**
Geschäftsstelle

12.6. **18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle

14.6. **18.00 Uhr Vortrag von Prof. Dr. Michael Brie**
Thema: Was will die LINKE? - Zur Programmdebatte
Club der Volkssolidarität
Elisabeth-Wolf-Straße 41

Herzlichen Glückwunsch allen GenossInnen, die in den kommenden Tagen und Wochen Geburtstag feiern

Mai

zum 88. Erna Riedel (13.5.)

zum 86. Charlotte Käberich (18.5.)
Erika Fugmann (24.5.)

zum 85. Ingeborg Miller (7.5.)

zum 84. Gisela Schliwa (7.5.)
Hildegard Glona (23.5.)
Rolf Gutermuth (23.5.)
Waltraud Thiele (30.5.)

zum 83. Paul Bramburger (10.5.)

zum 82. Gisela Keune (26.5.)
Günter Düring (30.5.)

zum 81. Max Bunge (15.5.)
Franz Urbanczyk (16.5.)

zum 80. Horst Baumann (9.5.)
Margit Theisinger (23.5.)
Helga Bode (27.5.)

zum 75. Horst Siewert (2.5.)

zum 70. Anneliese Gußer (17.5.)
Ursula Docter (19.5.)
Bärbel Bräunig (21.5.)
Brigitte Schmalz (21.5.)

zum 65. Vera Barth (5.5.)

zum 50. Petra Majunke (13.5.)

Juni

zum 86. Ursula Soremba (6.6.)
Heinz Fechner (14.6.)

zum 82. Ursula Siewert (9.6.)
Ingeborg Petersohn (14.6.)

zum 81. Sieglinde Petow (1.6.)
Wolfgang Duckwitz (1.6.)
Irma Uschkamp (3.6.)
Eva Kühlewind (10.6.)

zum 70. Eva Appelt (9.6.)

zum 75. Lothar Pohl (4.6.)

zum 60. Hubertus Kieneck (3.6.)
Doris Plössl (4.6.)

zum 50. Janusz Pelich (9.6.)

Witz des Monats

Nach vielen Jahren haben zwei Freundinnen mal wieder eine Reise gebucht.

Die eine meint begeistert: „Ach, Du hast immer noch das tolle kleine Köfferchen, um das ich Dich immer so beneidet habe!“ - Darauf erwidert die andere: „Ja, nur mit dem Unterschied, dass es damals lauter Schminkzeug enthielt. Heute ist es voll mit Medikamenten.“

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: KGF André Groß

Redaktion: Annely Richter, Horst Wiesner

E-Mail: *herzblatt@linkspartei-cottbus.de*
homepage: **www.dielinke-lausitz.de**

Redaktionsschluss Juni-Ausgabe:

21. Mai